

Die schleswig-holsteinische Landtagswahl vom 7. Mai 2017: Niederlage der „Küstenkoalition“ und erstmals „Jamaika“ im Norden

Wilhelm Knelangen*

Landtagswahlen in Schleswig-Holstein versprechen eine besondere Spannung, denn sie gehen in der Regel knapp aus.¹ Das war in der jüngeren Vergangenheit nur einmal anders. Bei der „Erdrutschwahl“ des Jahres 1988 erlangte die SPD im Zeichen der Barschel/Pfeiffer-Affäre mit 54,8 Prozent der Stimmen und 46 von 74 Sitzen im Landtag eine große Mehrheit.² Davon abgesehen, verfügten die Regierungspartei beziehungsweise die Regierungsparteien seit 1975 stets über knappe Mehrheiten, die nach den Wahlen 1983 vier Sitze, 1996 und 2000 drei und 1975, 1979, 1992, 2009 und 2012 lediglich einen Sitz ausmachten.³ Die Parteien, die zur Landtagswahl am 7. Mai 2017 antraten, mussten deshalb davon ausgehen, dass auch diesmal selbst kleinere Veränderungen im Meinungsklima den Ausschlag für oder gegen die Mehrheitsfähigkeit verschiedener Koalitionsmodelle geben konnten. Trotzdem sah es während des Wahlkampfes lange so aus, als ob die nach der Landtagswahl 2012 gebildete „Küstenkoalition“ aus SPD, Bündnis 90/Die Grünen und SSW einen ungefährdeten Sieg einfahren könnte.⁴ Es kam anders: Ob es für eine Mehrheit der Regierung reichen würde, war kurz vor der Wahl plötzlich offen, zumal die Meinungsumfragen neben den regierenden Parteien sowie der CDU und der FDP auch der AfD und der Linken Chancen auf den Einzug in den Landtag einräumten. Letztlich blieb es zwar bei einem Parlament mit sechs Parteien, dennoch verlor die Regierungskoalition ihre Mehrheit und wurde durch ein Bündnis aus CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP abgelöst. Nachfolger von Ministerpräsident *Torsten Albig* wurde am 28. Juni 2017 sein Herausforderer, *Daniel Günther* (CDU).

* Der Autor dankt *Anne Metten* (Kiel) für ihre Hilfe bei der Zusammenstellung der Daten für diesen Beitrag.

- 1 Zum politischen System und zum Landesparlamentarismus siehe *Suzanne S. Schüttemeyer*, Schleswig-Holstein. Geschichte – Politik – Wirtschaft – Kultur, in: *Falk Esche / Jürgen Hartmann* (Hrsg.), Handbuch der deutschen Bundesländer, Frankfurt am Main / New York 1994, S. 562 – 592.
- 2 Vgl. *Wilhelm P. Bürklin*, Die schleswig-holsteinische Landtagswahl vom 8. Mai 1988. Eine grundsätzliche Wahl zur politischen Erneuerung, in: *ZParl*, 19. Jg. (1988), H. 4, S. 482 – 495.
- 3 Selbst die Landtagswahl 2005 stellt nur auf den ersten Blick eine Ausnahme dar. Die Koalitionspartner CDU und SPD besaßen zwar eine komfortable Mehrheit von 59 gegen zehn Sitze im Landtag, doch kam die Regierung von Ministerpräsident *Peter Harry Carstensen* im April 2005 erst zustande, nachdem einige Wochen zuvor im vierten Wahlgang die Wiederwahl von Ministerpräsidentin *Heide Simonis* gescheitert war, die eine von der Partei der dänischen und friesischen Minderheit, dem Südschleswigischen Wählerverband (SSW), tolerierte rot-grüne Koalition anführen sollte. Siehe *Thomas Saretzki / Ralf Tils*, Die schleswig-holsteinische Landtagswahl vom 20. Februar 2005. Geheime Stimmverweigerung für Ministerpräsidentin Heide Simonis erzwingt Große Koalition, in: *ZParl*, 37. Jg. (2006), H. 1, S. 145 – 163.
- 4 Zur Wahl 2012 siehe *Patrick Horst*, Die schleswig-holsteinische Landtagswahl vom 6. Mai 2012. SPD, Grüne und SSW bilden erste Dänen-Ampel in Deutschland, in: *ZParl*, 43. Jg. (2012), H. 3, S. 524 – 543.

1. Ausgangslage

Die Landtagswahl von 2012 war vom Landesverfassungsgericht erzwungen worden, weil es die Verfassungswidrigkeit des Landeswahlgesetzes festgestellt und vorgezogene Neuwahlen für notwendig erklärt hatte.⁵ Der Wahlausgang war knapp: Die Regierungsparteien SPD (22 Sitze), Bündnis 90/Die Grünen (zehn Sitze) und SSW (drei Sitze) verfügten nur über eine Mehrheit von einem Sitz.⁶ Demgegenüber befanden sich CDU (22 Sitze), FDP und Piratenpartei (jeweils sechs Sitze) in der Opposition. Das sich selbst als „Küstenkoalition“ bezeichnende Bündnis war ein neues Koalitionsmodell in der deutschen Landespolitik, denn erstmals war mit dem SSW eine Minderheitenpartei, hier der dänischen und friesischen Minderheit, an einer Regierung beteiligt. In ihrem Koalitionsvertrag, der nach etwa einem Monat ausverhandelt war, kündigte die Regierungsmehrheit einen raschen Ausbau der regenerativen Energien, eine Bildungsreform (Lehramtsausbildung, Kleinkinderbetreuung) und eine Rücknahme von Einsparbeschlüssen der Vorgängerregierung an. In der Verkehrs- und Infrastrukturpolitik konnten sich die Koalitionspartner nur auf einen Weiterbau der A 20 bis Bad Bramstedt einigen, und bei der Querung des Fehmarnbelt verwiesen sie darauf, dass es sich um ein Vorhaben in Bundesverantwortung handele. Außerdem versprach die Koalition eine vorsorgende Finanzpolitik und sagte zu, trotz der Ausgabenpläne die in der Verfassung niedergelegte Schuldenbremse bis 2020 einzuhalten.⁷ Ministerpräsident *Torsten Albig* wurde am 12. Juni 2012 gewählt. Der SSW stellte mit *Anke Spoorendonk* (Justiz, Kultur und Europa) erstmals eine Ministerin. Bündnis 90/Die Grünen entsandten *Robert Habeck* (Energiewende, Landwirtschaft und Umwelt) und *Monika Heinold* (Finanzen) in die Regierung. Die SPD war mit Innenminister *Andreas Breitner*, Wirtschafts- und Arbeitsminister *Reinhard Meyer*, Sozialministerin *Kristin Ahlbeil* und Bildungsministerin *Waltraud Wende* (parteilos) vertreten. Ein Grundstein für die Arbeit der Landesregierung war überdies die Aufgabenteilung zwischen Ministerpräsident *Albig* und dem Partei- und Fraktionsvorsitzenden der schleswig-holsteinischen SPD, *Ralf Stegner*, die sich bereits nach dem Wettkampf der beiden um das Spitzenkandidatenamt ergeben hatte.⁸ *Stegner* besaß während der gesamten Wahlperiode maßgeblichen Einfluss auf den Regierungskurs und wurde in der Öffentlichkeit als mindestens gleichberechtigte Führungsfigur der „Küstenkoalition“ wahrgenommen. Das blieb auch so, nachdem er im Januar 2014 zusätzlich das Amt des stellvertretenden SPD-Bundesvorsitzenden übernommen hatte.⁹

Die strukturellen Rahmenbedingungen schienen einer erfolgreichen Regierungsarbeit enge Grenzen zu setzen. Zu Beginn der Wahlperiode wies das Land einen Gesamtschulden-

5 Vgl. *Florian Edinger*, Verfassungsmäßigkeit der Befreiung des Südschleswigschen Wählerverbands (SSW) von der Fünf-Prozent-Klausel. Zum Urteil des Schleswig-Holsteinischen Landesverfassungsgerichts vom 13. September 2013, in: ZParl, 45. Jg. (2014), H. 2, S. 460 – 464.

6 Vgl. *Patrick Horst*, a.a.O. (Fn. 4).

7 Vgl. Koalitionsvertrag 2012 – 2017 von SPD, Grünen und SSW. Bündnis für den Norden. Neue Horizonte für Schleswig-Holstein, Kiel 2012, https://www.schleswig-holstein.de/DE/Landesregierung/_documents/koalitionsvertrag2012_2017.pdf (Abruf am 10. August 2017); siehe auch *Frank Pergande*, Die Pläne der „Dänen-Ampel“, in: FAZ vom 8. Juni 2012, S. 8.

8 *Stegner* und der damalige Kieler Oberbürgermeister *Albig* hatten um die Spitzenkandidatur konkurriert. *Albig* setzte sich im Februar 2011 mit 57 Prozent im Mitgliederentscheid durch und sprach sich dann dafür aus, dass *Stegner* seine Ämter in Partei und Fraktion behalten sollte. Siehe dazu *Patrick Horst*, a.a.O. (Fn. 4), S. 527.

9 Vgl. *Christoph Hickmann*, Zentrifugalkraft mit Zwille, in: SZ vom 28. Februar 2014, S. 5.

Tabelle 1: Wahlergebnisse in Schleswig-Holstein seit der Landtagswahl 2012 (in Prozent)

	Landtagswahl 2012 (6. Mai 2012)	Kommunalwahl 2013 (26. Mai 2013)	Bundestagswahl 2013 (22. September 2013)	Europawahl 2014 (25. Mai 2014)
Wahlbeteiligung	60,2	46,7	73,1	43,3
CDU	30,8	38,9	39,2	34,4
SPD	30,4	29,8	31,5	31,9
B90/Grüne	13,2	13,7	9,4	12,4
FDP	8,2	5,0	5,6	3,8
Piraten	8,2	1,6	2,0	1,5
SSW	4,6	2,9	–	–
Die Linke	2,3	2,5	5,2	4,5
AfD	–	–	4,6	6,8
Sonstige	2,4	5,6	5,4	4,5

Anmerkung: Angegeben sind bei der Bundestagswahl und der Wahl zum Europäischen Parlament die Landesergebnisse (Zweitstimmen) für Schleswig-Holstein.
Quelle: Eigene Darstellung nach den Daten von verschiedenen Wahlberichten des Statistischen Amtes für Hamburg und Schleswig-Holstein.

stand von 27,3 Milliarden Euro auf und befand sich unter der Aufsicht des Stabilitätsrates.¹⁰ Hohe Risiken verbanden sich zudem mit der Zukunft der HSH Nordbank, für die die beiden Eigner Schleswig-Holstein und Hamburg finanzielle Garantien von mehreren Milliarden Euro abgegeben hatten. Während deshalb im Wahlkampf 2012 noch engagiert über weiteren Konsolidierungsbedarf gestritten worden war, profitierte die neue Regierung erheblich von anhaltend hohen Steuereinnahmen und niedrigen Zinsen. Bis zum Wahltag 2017 standen gut 2,3 Milliarden Euro mehr zur Verfügung als erwartet.¹¹ Das erlaubte der Regierung, den geplanten Stellenabbau in der Landesverwaltung zurückzunehmen und zusätzliche Investitionen in die Infrastruktur und den Bildungssektor vorzunehmen.

Der „Küstenkoalition“ spielte überdies eine mehrjährige Unruhe in der CDU in die Hände. Den Christdemokraten fiel es unter *Johannes Callsen*, der nach der Wahl das Amt des Oppositionsführers übernommen hatte, weil Spitzenkandidat *Jost de Jager* kein Landtagsmandat erhalten hatte, erkennbar schwer, die Regierung unter Druck zu setzen.¹² Zum Nachfolger *de Jagers* als Landesvorsitzender wurde im März 2013 der Abgeordnete im Europäischen Parlament *Reimer Böge* gewählt, dem allerdings im Landtag keine Bühne zur Verfügung stand.¹³ Die CDU konnte sich zwar bei den Kommunalwahlen im Mai und bei der Bundestagswahl im September 2013 klar als stärkste Kraft in Schleswig-Holstein be-

10 Vgl. Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein (Hrsg.), *Schulden der öffentlichen Haushalte in Schleswig-Holstein 2012. Verschuldung der öffentlichen Haushalte weiter gestiegen*, in: *Statistik informiert...*, Nr. 135 (2013). Der Rat hat die Aufgabe, die Haushaltsführung von Bund und Ländern zu überwachen. Von 2011 bis 2017 befand sich Schleswig-Holstein wegen der Gefahr einer drohenden Haushaltsnotlage in einem Sanierungsverfahren des Rates.

11 Vgl. *Peter Höver*, *Krisenfeste Küsten-Koalition*, in: *Schleswig-Holsteinische Landeszeitung* vom 22. März 2017, S. 5.

12 Vgl. *Frank Pergande*, *In der Geräuschlosigkeit liegt die Kraft*, in: *FAZ* vom 29. April 2013, S. 4.

13 Vgl. *ders.*, *Ungeordneter Rückzug*, in: *FAZ* vom 9. Januar 2013, S. 4.

haupten (vgl. Tabelle 1). Als eigentlicher Anführer der Opposition wurde in der ersten Hälfte der Wahlperiode gleichwohl der scharfzüngige FDP-Fraktionsvorsitzende *Wolfgang Kubicki* angesehen.

Dass die Opposition die Regierung nicht ernsthaft in Schwierigkeiten bringen konnte, ließ sich auch an einer Meinungsumfrage im Mai 2013 ablesen (vgl. Tabelle 2).¹⁴ Den Turbulenzen in der Partei zum Trotz wurden zwar für die CDU 34 Prozent Zustimmung gemessen, doch gleichzeitig ergaben sich für das Regierungslager 50 Prozent der Stimmen (SPD 31, Grüne 15, SSW vier Prozent). Zudem äußerten 51 Prozent der Befragten ihre Zufriedenheit mit der Regierungspolitik (plus elf Prozentpunkte im Vergleich zu 2012), weniger oder gar nicht zufrieden waren 44 Prozent (minus elf).

Erst in der Mitte der Wahlperiode geriet das Regierungslager in Turbulenzen. Verantwortlich dafür waren mehrere Kontroversen über Personen, die teilweise mit inhaltlichen Auseinandersetzungen verknüpft waren. Am Anfang stand der Streit, der sich im Anschluss an die – wie sich später herausstellen sollte – rechtswidrige Entscheidung der Kieler Oberbürgermeisterin *Susanne Gaschke* (SPD) vom Juni 2013 entzündete, einem Steuerschuldner einen größeren Geldbetrag zu erlassen, um ein lange schwelendes Steuerverfahren zu einem Abschluss zu bringen.¹⁵ Nach heftigen wechselseitigen Vorwürfen von *Gaschke* einerseits und *Albig*, *Stegner* und Innenminister *Breitner* andererseits trat die Oberbürgermeisterin Ende Oktober 2013 zurück.¹⁶ Weitere Risse zeigte das Regierungslager im Juli 2014, als für die sicher geglaubte Wiederwahl des Datenschutzbeauftragten *Thilo Weichert* eine Stimme im Landtag fehlte.¹⁷ Vor allem aber kam es im Spätsommer 2014 zu einer Krise im Zusammenhang mit der Bildungsministerin *Wende*. Die Opposition hatte ihre Reform der Schulpolitik und der Lehramtsausbildung scharf kritisiert, die Ministerin jedoch vor allem mit dem Vorwurf unter Druck gesetzt, sie habe sich zu Unrecht eine Rückkehroption auf eine Professur an der Flensburger Universität zusichern lassen.¹⁸ Nachdem Ministerpräsident *Albig* seine demonstrative Unterstützung zurückgezogen hatte, trat *Waltraud Wende* am 15. September 2014 zurück. Zur Nachfolgerin als Bildungsministerin wurde die Hamburger Politikerin *Britta Ernst* ernannt.¹⁹ Das Revirement sorgte jedoch nur vorübergehend für Erleichterung, denn nur wenige Tage später, am 26. September 2014, trat Innenminister *Breitner*, als stellvertretender Landesvorsitzender seiner Partei auch ein möglicher Nachfolger *Albigs*, überraschend zurück und wechselte als Direktor zum Verband norddeutscher Wohnungsunternehmer – eine Branche, für die er als Minister mit zuständig war.²⁰ In sei-

14 Vgl. Infratest dimap (Hrsg.), LänderTREND. Schleswig-Holstein Mai 2013 im Auftrag des NDR, <https://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundeslaender/schleswig-holstein/landertrend/2013/mai/> (Abruf am 28. Juli 2017). Siehe dazu auch *Frank Pergande*, „Dänen“-Ampeln weinen nicht, in: FAZ vom 21. Mai 2013, S. 4.

15 Aus Sicht der Hauptfigur wird der Konflikt dokumentiert in *Susanne Gaschke*, Volles Risiko. Was es bedeutet, in die Politik zu gehen, München 2014.

16 Vgl. *Charlotte Parnack*, Nordische Kombination, in: SZ vom 29. Oktober 2013, S. 3.

17 Vgl. *Frank Pergande*, Und was wird jetzt aus Weichert?, in: FAZ vom 12. Juli 2014, S. 4.

18 Vgl. *ders.*, Zum Skandal gemacht. Kiel debattiert über den Fall Wende, in: FAZ vom 4. September 2014, S. 4.

19 Da diese mit dem Vorstandsvorsitzenden des schleswig-holsteinischen Universitätsklinikums *Jens Scholz* verwandt ist, wanderte die Hochschulpolitik aus ihrem Ministerium in das Sozialministerium, siehe *Frank Pergande*, Die Nöte mit der Familie. Britta Ernst wird Ministerin in Kiel, in: FAZ vom 17. September 2014, S. 4.

20 Vgl. *ders.*, Rücktritt als Erleichterung, in: FAZ vom 27. September 2014, S. 4.

Tabelle 2: Entwicklung der Umfragedaten für die Parteien (Umfrageinstitut Infratest dimap) (Angaben in Prozent)

	6. Mai 2012 (Wahlergebnis)	7. Mai 2013	31. Oktober 2014	9. Dezember 2016	16. März 2017	6. April 2017	20. April 2017	27. April 2017	7. Mai 2017 (Wahlergebnis)
CDU	30,8	34	34	34	27	30	31	32	32,0
SPD	30,4	31	29	26	33	33	33	31	27,3
B90/Grüne	13,2	15	15	15	14	12	12	12	12,9
FDP	8,2	6	3	9	9	9	9	8,5	11,5
Linke	2,3	3	5	5	4	4	4	4,5	3,8
SSW	4,6	4	3	3	3	3	3	6	3,3
Piraten	8,2	3	2	–	–	–	–	–	1,2
AfD	–	–	7	6	7	7	5	6	5,9
Sonstige	2,4	4	2	2	3	2	3	3	2,3

Quelle: Eigene Darstellung nach den Daten von verschiedenen Ausgaben des LänderTRENDS von Infratest dimap, Umfragen im Auftrag von NDR oder ARD.

nem Amt folgte ihm *Stefan Studt*, zuvor Chef der Staatskanzlei. Damit übernahm er das Ressort, das im Winter 2015/2016 die Federführung in der Unterbringung von zahlreichen Flüchtlingen im Bundesland innehatte.

Eine Meinungsumfrage von Ende Oktober 2014 spiegelte die Formkrise der Landesregierung wider. Weil die FDP nach der Umfrage nicht mehr im Landtag gesehen wurde, verfügte die Regierung zwar noch über eine knappe Mehrheit, doch die Zufriedenheitswerte waren auf 46 Prozent (minus sieben Punkte) abgerutscht, während 50 Prozent (plus sechs Punkte) weniger oder gar nicht zufrieden waren.²¹ Vermutlich wären die Werte noch weniger schmeichelhaft ausgefallen, wenn nicht die Ankündigung des CDU-Landesvorsitzenden *Böge* von Anfang Oktober, sein Amt zurückzugeben, den wenig schlagkräftigen Zustand der größten Oppositionspartei offensichtlich gemacht hätte.²² Parallel zur Entscheidung *Böges* erklärte auch der CDU-Fraktionsvorsitzende *Callsen*, dem mangelnde Zuspitzung in der Oppositionsarbeit vorgeworfen worden war, seinen Rückzug. Zum Nachfolger war am 2. Oktober 2014 *Daniel Günther*, ehemaliger Geschäftsführer des Landesverbandes und hochschulpolitischer Sprecher der Fraktion, gewählt worden.²³ Am 15. November 2014 kürte die Partei schließlich den Sylter Bundestagsabgeordneten *Ingbert Liebing* mit 94,9 Prozent zum neuen Landesvorsitzenden.

Der Wechsel in der CDU-Fraktionsspitze führte zu einem erkennbar angriffslustigeren Kurs der Opposition. Weil sich aber auch die Regierung von ihrer Krisenphase erholte, stellte sich keine Wechselstimmung im Land ein. Der im Juni 2016 mit einer Zustimmung von 92 Prozent zum CDU-Spitzenkandidaten gewählte *Liebing* blieb glücklos bei seinen

21 Vgl. Infratest dimap (Hrsg.), LänderTREND. Schleswig-Holstein Oktober 2014 im Auftrag des NDR, <https://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundeslaender/schleswig-holstein/laendertrend/2014/oktober/> (Abruf am 28. Juli 2014).

22 Vgl. „CDU-Chef in Kiel gesucht“, in: SZ vom 4. Oktober 2014, S. 5.

23 Vgl. *Frank Pergande*, Nächster Neustart, in: FAZ vom 17. November 2014, S. 4.

Versuchen, die Regierung unter Druck zu setzen. Einen erneuten Personalwechsel provozierte eine Meinungsumfrage, die das Insa-Institut im Oktober 2016 durchgeführt hatte.²⁴ Das Institut stellte eine Mehrheit für die Regierungsparteien fest, wohingegen für die CDU nur 26 Prozent gemessen wurden. Als einige Tage später veröffentlicht wurde, dass nur neun Prozent der Schleswig-Holsteiner *Liebing* als Ministerpräsidenten wollten (während *Albig* auf 38 Prozent und selbst FDP-Fraktionschef *Kubicki* auf 21 Prozent kamen) und nur 45 Prozent angaben, seinen Namen zu kennen, setzte eine Dynamik ein, an deren Ende *Liebing* von seinem Amt zurücktrat und *Daniel Günther* als seinen Nachfolger empfahl.²⁵ Tatsächlich wählte ein Landesparteitag *Günther* am 19. November 2016 mit 81,3 Prozent zum Landesvorsitzenden – was angesichts der Vorgeschichte als gutes Ergebnis gewertet wurde.²⁶ Eine im Dezember 2016 veröffentlichte Meinungsumfrage konnte als eine Bestätigung des Wechsels gelesen werden, deutete aber vor allem an, dass es wieder knapp werden könnte. Einerseits blieb die CDU stabil bei 34 Prozent, während die SPD nur noch 26 Prozent aufwies. Möglicherweise schlugen sich hier die schwachen Werte nieder, die die Partei seinerzeit auf Bundesebene erreichte. Andererseits hatte die Regierung nach dieser Umfrage keine Mehrheit mehr, doch gleichzeitig zogen ihre Zufriedenheitswerte wieder an (57 Prozent, plus elf Punkte). Dass der CDU-Spitzenkandidat noch erheblichen Rückstand gut zu machen hatte, zeigte auch die Direktwahl-Frage, bei der *Albig* 50 Prozent und *Günther* 23 Prozent erreichten.²⁷ Ministerpräsident *Albig* war auf dem Parteitag in Neumünster am 26. November 2016 per Akklamation zum Spitzenkandidaten der SPD bestimmt worden.²⁸

Bündnis 90/Die Grünen standen zu Beginn des Wahljahres vor der Herausforderung, die im Bund deutlich nachlassenden Zustimmungswerte im Wahlkampf zu neutralisieren. Zugleich hatten sie eine Antwort darauf zu finden, dass dem bekanntesten Grünen-Politiker, *Robert Habeck*, im Januar 2017 bei der Mitgliederwahl des Bundes-Spitzenkandidaten nur wenige Stimmen fehlten, dieser aber zuvor angekündigt hatte, nicht für den Landtag zu kandidieren. Spitzenkandidatin wurde deshalb Finanzministerin *Heinold*.²⁹ Für die FDP sollte die Landtagswahl einen Hinweis darauf geben, ob es der Partei im Herbst 2017 gelingen könnte, wieder in den Bundestag einzuziehen. Die Liberalen profitierten von der Attraktivität ihres Spitzenkandidaten *Wolfgang Kubicki*, der bereits seit 1996 die Landtags-

24 Vgl. „Landtagswahl 2017. Umfrage sieht keine Wechselstimmung – FDP bei 12 Prozent“, in: Schleswig-Holsteinische Landeszeitung vom 20. Oktober 2016, S. 5.

25 Vgl. „Umfrage-Desaster für CDU-Spitzenkandidat Liebing“, in: Schleswig-Holsteinische Landeszeitung vom 26. Oktober 2016, S. 1; *Peter Höver*, CDU-Chef Liebing gibt auf – Günther wird Spitzenkandidat, in: Schleswig-Holsteinische Landeszeitung vom 29./30. Oktober 2016, S. 1; *Frank Pergande*, Und wieder ein neuer Vorsitzender, in: FAZ vom 31. Oktober 2016, S. 4.

26 Formell wurde *Günther* am 5. Februar 2017 mit 89,6 Prozent zum Spitzenkandidaten der CDU bestimmt, siehe *Frank Pergande*, Geschlossenheit als Strategie, in: FAZ vom 6. Februar 2017, S. 4.

27 Vgl. Infratest dimap (Hrsg.), LänderTREND. Schleswig-Holstein Dezember 2016 im Auftrag des NDR, <https://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundeslaender/schleswig-holstein/laendertrend/2016/Dezember/> (Abruf am 28. Juli 2017).

28 Vgl. *Wolfram Hammer*, Wahl 2017. SPD nominiert Albig als Spitzenkandidat, in: Lübecker Nachrichten online vom 26. November 2016, <http://www.ln-online.de/Nachrichten/Politik/Politik-im-Rest-der-Welt/Wahl-2017-SPD-nominiert-Albig-als-Spitzenkandidat> (Abruf am 11. August 2017). Die formelle Bestätigung erfolgte auf dem Parteitag in Lübeck am 28. Januar 2017 mit 98,4 Prozent.

29 Vgl. *Frank Pergande*, Gendersternchen im Norden, in: FAZ vom 7. April 2017, S. 4.

fraktion führte und zudem seit Dezember 2013 erster Stellvertreter des FDP-Bundesvorsitzenden *Christian Lindner* geworden war. Die Piratenpartei war im Mai 2012 mit 8,2 Prozent in den Landtag gewählt worden. Ihre sechs Abgeordneten hatten zwar während der Wahlperiode einen bemerkenswerten Fleiß bei der Kontrolle der Landesregierung an den Tag gelegt; dennoch gelang es der Fraktion nicht, neben dem „Markenkern“ der Netzpolitik ein tragfähiges programmatisches Profil zu entwickeln. Die beharrlich schlechten Umfragedaten im Bund und im Land ließen eine Rückkehr in den Landtag schon lange vor dem Wahltag als unwahrscheinlich erscheinen. Die Linke, die 2012 mit 2,3 Prozent deutlich an der Mandatsklausel gescheitert war, hatte in der landespolitischen Auseinandersetzung kaum eine Rolle gespielt, sondern war von den Wählerinnen und Wählern eher über ihr bundespolitisches Handeln wahrgenommen worden. Ähnliches galt für die AfD, die die Meinungsumfragen zwar seit dem Herbst 2014 im Landtag sahen, die aber kontinuierlich unter den Werten blieb, die sie 2015 und 2016 in anderen Bundesländern erreichte.

2. Wahlkampf

Der Blick der Bundespolitik richtete sich im Frühjahr 2017 aus mehreren Gründen nach Kiel. Der schleswig-holsteinische Urnengang war neben dem Saarland im März und Nordrhein-Westfalen am 14. Mai 2017 ein wichtiger Stimmungstest für die im September 2017 bevorstehende Bundestagswahl.³⁰ Damit zusammenhängend war von Interesse, ob der Wahlausgang in Schleswig-Holstein einen Fingerzeig für mögliche Mehrheitskonstellationen im Bund geben würde. Außerdem konnte im Norden überprüft werden, ob der Wechsel in Vorsitz und Kanzlerkandidatur der SPD von *Signar Gabriel* zu *Martin Schulz* tatsächlich einen spürbaren Effekt auf die Wahlchancen der Partei haben würde, nachdem dieser im Saarland eher ausgeblieben war. Schließlich ging es um die Frage, ob es der AfD gelingen würde, die Wahlerfolge des Jahres 2016 zu wiederholen oder ob die Zustimmung zu dieser Partei schrumpfte.

Die SPD setzte in ihrem Wahlkampf auf eine Fortsetzung der „Küstenkoalition“ und verwies in ihrem Wahlprogramm auf die Leistungen der von ihr geführten Landesregierung.³¹ Offenbar beeindruckt von der anfänglich großen Zustimmung für den neuen Bundesvorsitzenden *Schulz* stellte die Partei das Thema der sozialen Gerechtigkeit in den Vordergrund ihrer Wahlkampfkommunikation („Mehr Gerechtigkeit für alle“). Daneben verwiesen die Sozialdemokraten auf ihren Plan für die Kostenfreiheit der Kinderbetreuung („Krippengeld“), auf die Beibehaltung eines „dauerhaften Schulfriedens“ (der für die Gymnasien weiterhin ein Abitur nach acht Jahren umfassen sollte) und die weitere Sanierung der Infrastruktur. Wenn die SPD bei der Planung des Autobahnbaus für „Gründlichkeit vor Schnelligkeit“ plädierte, dann deutete sie damit auch an, dass die Regierung im Falle von A 20 und Elbquerung nur wenig erreicht hatte. Ein besonderes Augenmerk richtete die SPD auf die Flüchtlingspolitik, bei der die Regierung durch einen Stopp der Abschiebung

30 Siehe die Analyse der nordrhein-westfälischen Landtagswahl von *Stefan Bajohr* in diesem Heft der ZParl.

31 Vgl. SPD, Schleswig-Holstein: Gerecht und Modern - Regierungsprogramm 2017-2022 (2016), [http://beschluesse.spd-schleswig-holstein.de/wiki/Schleswig-Holstein:_Gerecht_und_Modern_-_Regierungsprogramm_2017-2022_\(2016\)](http://beschluesse.spd-schleswig-holstein.de/wiki/Schleswig-Holstein:_Gerecht_und_Modern_-_Regierungsprogramm_2017-2022_(2016)) (Abruf am 9. August 2017).

abgelehnter Asylbewerber nach Afghanistan ihren liberalen Ansatz unterstrichen hatte. Im Wahlkampf setzte die Partei neben dem Ministerpräsidenten *Albig* auch auf den Landesvorsitzenden *Stegner* sowie im Hamburger Umland auf den regierenden Bürgermeister der Hansestadt *Olaf Scholz*, der zahlreiche Parteitermine wahrnahm.³²

Die CDU ging mit dem Handicap eines zunächst eher unbekanntem Spitzenkandidaten in den Wahlkampf. In der Koalitionsfrage zeigte sie sich offen. Erkennbar war zwar, dass die Partei mit der FDP größere inhaltliche Überschneidungen besaß, doch wurde *Günther* nicht müde, eine mögliche Zusammenarbeit mit den Grünen im Gespräch zu halten. Die CDU führte einen klassischen Oppositionswahlkampf, bei dem sie sich auf die Widersprüche und Fehler der Regierungsarbeit konzentrierte und die Glaubwürdigkeit des Regierungschefs in Frage stellte. Inhaltlich versprachen die Christdemokraten die Abkehr von der achtjährigen Schulzeit an Gymnasien, die sie selbst mit großem Nachdruck durchgesetzt hatten.³³ Für die großen Infrastrukturprojekte des Landes verkündete Spitzenkandidat *Günther* ein Ende des vermeintlichen Stillstands. Dazu gehörten starke Versprechen, so etwa, die A 20 bis 2022 vom gegenwärtigen Ausbauende in Bad Segeberg bis zur Elbe fertig zu bauen.³⁴ In der Windenergiefrage setzte sich die CDU (wie auch die FDP) durch die Zusage größeren Abstands zur Wohnbebauung von der Regierung ab.

Bündnis 90/Die Grünen traten für eine Fortsetzung der „Küstenkoalition“ ein, wengleich sie alternative Kombinationen nicht kategorisch ausschlossen. Inhaltlich verwiesen sie auf die Leistungen von Finanzministerin *Heinold*, unter deren Ägide erstmals seit Jahrzehnten ein ausgeglichener Landeshaushalt vorgelegt werden konnte. Daneben stellte die Partei unter dem Motto „Ökologisch. Gerecht. Weltoffen“ die Ökologie und damit Umweltminister *Habeck* sowie die Verbesserung der Bildungsqualität in den Vordergrund.³⁵ Um sich gegen einen anhaltend schlechten Bundestrend zu behaupten, setzten sich die Bündnisgrünen von der Bundespartei ab. Je näher der Wahltag rückte, desto klarer wurde, dass es – mit der Ausnahme einer Großen Koalition – kaum eine Regierungskonstellation geben konnte, an der die Partei nicht beteiligt sein würde. Das galt auch für die FDP, die ihren Wahlkampf einmal mehr auf ihren Spitzenkandidaten *Kubicki* und die ihm zugeschriebene Unabhängigkeit von überkommenen parteipolitischen Gräben zuspitzte. Die Partei plädierte in der G8/G9-Frage für die Wahlfreiheit der Gymnasien, für mehr Investitionen in Straßenbau und digitale Versorgung sowie einen verlangsamten Windenergieausbau.³⁶ Der SSW ging erstmals als Regierungspartei in einen Landtagswahlkampf. Weil Justizministerin *Spoorendonk* ihren Verzicht auf eine erneute Landtagskandidatur erklärt hatte, rückte Fraktionschef *Lars Harms* zum Spitzenkandidaten auf. Der SSW hatte beschlossen, für keine andere Koalition als eine Fortsetzung der „Küstenkoalition“ zur Verfügung zu

32 Vgl. *Frank Pergande*, Bis der Himmel runterfällt, in: FAZ vom 5. Mai 2017, S. 3.

33 Das Programm trug den Titel „Anpacken. Sicher leben in Schleswig-Holstein“, Unser Programm zur Landtagswahl 2017, <https://www.cdu-sh.de/programm> (Abruf am 9. August 2017).

34 Vgl. *Joachim Möller* / *Tobias Stegemann*, „In fünf Jahren ist die A 20 fertig“, Interview mit Daniel Günther, in: Norddeutsche Rundschau vom 22. April 2017, S. 15.

35 Vgl. Bündnis 90/Die Grünen, Ökologisch – Gerecht – Weltoffen. Unser Landtagswahlprogramm 2017, http://sh-gruene.de/files/ltw-programm2017_final_web_klein.pdf (Abruf am 9. August 2017).

36 Vgl. Freie Demokraten, Das Beste für Schleswig-Holstein. Wahlprogramm der Freien Demokraten zur Landtagswahl 2017, <http://fdp-sh.universum.com/sites/default/files/uploads/2017/03/10/wahlprogramm2017-2022.pdf> (Abruf am 9. August 2017).

stehen.³⁷ Inhaltlich stellte die Partei die Förderung der dänischen Minderheit und die Gleichstellung der dänischen Schulen in den Vordergrund. Die AfD hatte während des Wahlkampfes mit den Folgen innerparteilicher Auseinandersetzungen zu kämpfen. Lange war umstritten, ob ihr Landesvorstand rechtmäßig zustande gekommen war. Zudem erwies sich der polarisierte Wettkampf zwischen CDU und SPD als ein wenig günstiges Umfeld für die AfD, zumal die Flüchtlingspolitik keine herausragende Rolle spielte.

Ein wahlentscheidendes Thema, das die Landtagswahl zu einem Sachplebiszit hätte machen können, gab es nicht. Umso bedeutender wurde damit der Gesamteindruck der Parteien. Für die Sozialdemokraten und die „Küstenkoalition“ schien das zunächst ein Vorteil zu sein. Am Beginn des Wahlkampfes zeigte eine Meinungsumfrage im März 2017 ein deutliches Anziehen für die SPD (33 Prozent) und Verluste für die CDU (27 Prozent). Daraus ergab sich eine komfortable rechnerische Mehrheit für das Regierungslager. Zudem bekundeten 62 Prozent der Befragten, mit der Regierungspolitik sehr zufrieden oder zufrieden zu sein, nur noch 33 Prozent waren hingegen weniger oder gar nicht zufrieden.³⁸ Hinzu kam, dass der Ministerpräsident in der gleichen Umfrage mit 50 gegen 21 Prozent als der beliebtere Direktkandidat gemessen wurde. Damit war die SPD zu Beginn des Wahlkampfes in die Favoritenrolle gerückt, und ein Sieg des Regierungslagers erschien als nächstliegende Option. Wenig Berücksichtigung fand in der öffentlichen Diskussion hingegen, dass die Regierung schon zu Beginn des Wahlkampfes bei den Sachthemen durchaus Schwächen zeigte. So fanden sich zur Frage der Schulzeit bis zum Abitur in allen politischen Parteien breite Mehrheiten von 70 bis 80 Prozent für das von der CDU geforderte G 9. Zugleich benannten die Befragten neben der Flüchtlingspolitik (17 Prozent) mit der Bildung (16 Prozent) und der Infrastruktur (zwölf Prozent) jene Felder als wichtig, die von der Opposition in den Mittelpunkt ihrer Kampagnen gestellt worden waren.³⁹

In den letzten vier Wochen vor der Wahl bröckelte die sicher geglaubte Mehrheit des Regierungslagers immer stärker (zu den Einzelheiten vgl. Tabelle 2). Es verfügte Anfang April zwar noch über eine Mehrheit von 48 Prozent, doch holten die Oppositionsparteien auf.⁴⁰ Weiter überwog die Zahl derjenigen, die mit der Regierungspolitik zufrieden waren; ihre Zahl nahm aber ebenso ab, wie die Zustimmung zur Person *Günther*, wenn auch mit weitem Abstand zu *Albig*, zunahm (Anfang April: 51:25).

Dass die Stimmung letztlich zugunsten der CDU und ihres Spitzenkandidaten kippte und eine Fortsetzung der „Küstenkoalition“ immer fraglicher wurde, ist auf mehrere Faktoren zurückzuführen. Zum einen gelang es *Günther*, seine Bekanntheit und das Zutrauen in seine Kompetenz im Wahlkampf deutlich zu steigern. Dabei profitierte er davon, dass das Regierungslager den Herausforderer offenbar unterschätzte, aber auch davon, dass der Ministerpräsident in den Umfragen zwar deutlich vor ihm lag, im Vergleich zu Amtskollegen anderer Länder allerdings nur durchschnittliche Zustimmung auf sich vereinigen konnte. Einer Personalisierungsstrategie waren damit Grenzen gesetzt, zumal *Albig* während seiner

37 Vgl. *Frank Pergande*, Mehrheitsbeschaffer auf Friesisch, in: FAZ vom 20. April 2017, S. 4.

38 Vgl. *Infratest dimap* (Hrsg.), LänderTREND. Schleswig-Holstein März 2017 im Auftrag des NDR, <https://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundeslaender/schleswig-holstein/laendertrend/2017/maerz/> (Abruf am 10. August 2017).

39 Vgl. ebenda.

40 Vgl. dies. (Hrsg.), LänderTREND. Schleswig-Holstein April 2017 im Auftrag des NDR, <https://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundeslaender/schleswig-holstein/laendertrend/2017/april/> (Abruf am 10. August 2017).

Amtszeit von den Möglichkeiten zur Selbstinszenierung eher sparsamen Gebrauch gemacht und seinen Ministern, insbesondere aber dem Fraktionsvorsitzenden *Stegner*, viel Raum zur öffentlichen Darstellung der Politik eingeräumt hatte. Auf Unverständnis stieß vielfach das Interview *Albigs*, das am 20. April 2017 von der Publikumszeitschrift „Bunte“ veröffentlicht wurde und in dem dieser sich zu den Hintergründen der Trennung von seiner Ehefrau und dem Leben mit seiner neuen Lebenspartnerin geäußert hatte.⁴¹ Hinzu kam, dass Außenminister *Sigmar Gabriel* sich bei einem Besuch in Kiel vom Abschiebestopp der Landesregierung distanzierte, die in der Wahlkampagne als Beleg einer humanitären Flüchtlingspolitik dienen sollte.⁴²

Den Ausschlag könnte schließlich das Fernsehduell im NDR gegeben haben, das sich die beiden Spitzenkandidaten *Albig* und *Günther* am 25. April 2017 vor einem erstaunlich großen Publikum (270.000 Zuschauer in Schleswig-Holstein) lieferten.⁴³ Einen klaren Sieger fand es in den Augen der meisten Beobachter nicht, doch herrschte weitgehende Übereinstimmung darin, dass der Herausforderer die Chancen eines solchen Duells besser genutzt habe als der Amtsinhaber. Nicht zuletzt erwies es sich für die SPD als Nachteil, dass der inhaltliche Fokus auf „mehr Gerechtigkeit“ zu allgemein blieb und zu wenig konkretisiert wurde, um die sachpolitischen Angriffe des Oppositionsführers (G9, Windkraft, Infrastruktur) abzuwehren. Offenkundig wurde die Schwerpunktsetzung von den Wählern auch nicht ausreichend geteilt. Unmittelbar vor der Wahl hatten mit 59 Prozent deutlich mehr Personen der These zugestimmt, es gehe in Deutschland gerecht zu, als 2012 (48 Prozent).⁴⁴ Selbst die SPD-Anhänger stimmten dieser These mit 59 Prozent überwiegend zu (CDU 72, Grüne und FDP 65).⁴⁵ Lediglich die Anhänger der AfD sahen das ganz anders (20 Prozent).

In der Spätphase des Wahlkampfes spitzte sich die öffentliche Wahrnehmung immer stärker auf die Frage zu, welche Partei eine künftige Regierung führen würde. Gut zwei Wochen vor der Wahl hatte die CDU schließlich die SPD in den Meinungsumfragen überholt (vgl. Tabelle 2). Ob es für eine Wiederauflage der „Küstenkoalition“ reichen würde, war offen. Eine explizite Wechselstimmung konnte aus den Meinungsumfragen zwar nicht abgelesen werden, denn 56 Prozent äußerten ihre Zufriedenheit mit der Landesregierung und nur 42 verneinten die Frage;⁴⁶ doch das war deutlich weniger als bei anderen Landtagswahlen.⁴⁷ In der Direktwahlfrage hatte *Daniel Günther* massiv aufgeholt (39 Prozent, *Albig* 48

41 Vgl. „Torsten Albig will wieder heiraten“, in: Schleswig-Holsteinische Landeszeitung vom 20. April 2017, S. 5. Zum Interview *Albigs* in der Bunte vgl. auch den Beitrag von *Uwe Wagschal* u.a. in diesem Heft der ZParl.

42 Vgl. *Kristian Blasel*, Gabriel: „Es gibt auch ruhige Regionen“, in: Kieler Nachrichten online am 25. April 2017, <http://www.kn-online.de/News/Landtagswahl-2017-Schleswig-Holstein/Sigmar-Gabriel-im-Interview-Es-gibt-auch-ruhige-Regionen> (Abruf am 9. August 2017).

43 Vgl. NDR, Landtagswahl Schleswig-Holstein, Kein klarer Sieger: TV-Duell auf Augenhöhe, https://www.ndr.de/nachrichten/schleswig-holstein/landtagswahl_2017/Kein-klarer-Sieger-TV-Duell-auf-Augenhoehe,wahlarena236.html (Abruf am 28. Juli 2017). Eine ausführliche Auseinandersetzung mit dem Fernsehduell bietet der Beitrag von *Uwe Wagschal* u.a. in diesem Heft der ZParl.

44 Vgl. Infratest dimap (Hrsg.), WAHLREPORT Landtagswahl. Schleswig-Holstein 2017 – Eine Analyse der Wahl vom 7. Mai 2017, S. 24.

45 Vgl. ebenda, S. 25.

46 Vgl. ebenda, S. 17.

47 Nach Berechnungen von Infratest dimap lag die Regierung damit „eher im hinteren Mittelfeld“ im Ländervergleich, vgl. ebenda, S. 17.

Prozent). Beide Spitzenkandidaten formulierten kurz vor dem Wahltag als Ziel für ihre Partei 35 Prozent.⁴⁸

3. Wahlergebnis

Wie schon bei mehreren Landtagswahlen zuvor, legte auch in Schleswig-Holstein die Wahlbeteiligung zu und lag bei 64,2 Prozent (plus vier Prozentpunkte). Aber auch mit dieser Steigerung handelt es sich um die zweit schlechteste Beteiligung, die jemals im Norden bei Landtagswahlen festgestellt worden ist. Für die Parteien bedeutete die höhere Mobilisierung der Wähler, dass sie zusätzliche Stimmen gewinnen mussten, um ihren Anteil zu halten. CDU und SPD erreichten erneut zusammen keine Zweidrittelmehrheit der Wählerschaft; das gemeinsame Stimmgewicht rutschte sogar auf unter 60 Prozent. Stattdessen gibt es in Schleswig-Holstein mit Bündnis 90/Die Grünen und der FDP zwei veritable Mittelparteien, die einen Wähleranteil von jeweils über zehn Prozent aufweisen.

Tabelle 3: Ergebnisse der Landtagswahl 2017 in Schleswig-Holstein (mit Veränderungen zu 2012)

Wahlberechtigte	2.318.022							
Wahlbeteiligung	1.488.354 (64,2 Prozent)							
Ungültige Stimmen	23.748 (1,6 %)		13.846 (0,9 %)					
	Erststimmen		Zweitstimmen				Mandate	
	absolut	in %	absolut	absolut (Veränderung)	in %	%-Punkte (Veränderung)	absolut	Veränderung
CDU	565.065	38,6	471.460	+62.823	32,0	+1,2	25	+3
SPD	479.840	32,8	401.806	-2.242	27,3	-3,1	21	-1
Grüne	131.446	9,0	190.181	+15.228	12,9	-0,3	10	±0
FDP	106.074	7,2	169.037	+60.084	11,5	+3,3	9	+3
Die Linke	51.182	3,5	56.018	+26.118	3,8	+1,5	–	–
SSW	30.193	2,1	48.968	-12.057	3,3	-1,3	3	±0
Piraten	21.942	1,5	17.091	-91.811	1,2	-7,0	–	-6
AfD	60.990	4,2	86.711	+86.711	5,9	+5,9	5	+5
Familie	2.393	0,2	9.262	-3.496	0,6	-0,4	–	–
Freie Wähler	7.816	0,5	8.369	+546	0,6	±0	–	–
LKR	2.739	0,2	3.053	+3.053	0,2	+0,2	–	–
Die Partei	1.908	0,1	8.219	+8.219	0,6	+0,6	–	–
Z.SH	1.167	0,1	4.333	+4.333	0,3	+0,3	–	–
EzB	1.851	0,1	–	–	–	–	–	–

Quelle: Eigene Darstellung nach den Daten vom Statistischen Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein (Hrsg.), Landtagswahl in Schleswig-Holstein am 7. Mai 2017, S. 2, S. 4.

⁴⁸ Vgl. Peter Höver, Das Kopf-an-Kopf-Rennen, in: Schleswig-Holsteinische Landeszeitung vom 4. Mai 2017, S. 1.

Tabelle 4: Wählerwanderung zwischen den Landtagswahlen 2012 und 2017 (Saldo in absoluten Stimmen)

	CDU	SPD	FDP	Grüne	AfD	Sonstige	Nichtwähler
CDU		+24.000	-13.000	+4.000	-11.00	+5.000	+51.000
SPD	-24.000		-15.000	±0	-5.000	+8.000	+30.000
FDP	+13.000	+15.000		+5.000	-3.000	+11.000	+16.000
Grüne	-4.000	±0	-5.000		-1.000	-2.000	+10.000
AfD	+11.000	+5.000	+3.000	+1.000		+45.000	+11.000
Sonstige	-5.000	-8.000	-11.000	+2.000	-45.000		-5.000
Nichtwähler	-51.000	-30.000	-16.000	-10.000	-11.000	+5.000	

Anmerkung: Leserichtung von links nach rechts.
 Quelle: Eigene Darstellung nach den Daten von Infratest dimap (Hrsg.), a.a.O. (Fn. 44), S. 64 – 66.

Die CDU bestätigte ihre Rolle als stärkste Partei im Land, die sie bei Landtagswahlen bereits seit 2005 innehat. Mit 32 Prozent der Zweitstimmen (plus 1,2 Prozentpunkte) konnte sie den Vorsprung vor der SPD deutlich ausbauen. Auch bei den Erststimmen lag die CDU mit 38,6 Prozent deutlich vorn. Die Christdemokraten gewannen in 25 Wahlkreisen (2012: 22) das Direktmandat, während die SPD in zehn Wahlkreisen erfolgreich war (2012: 13). Damit ergab sich ein Überhangmandat für die CDU, das zu jeweils einem Ausgleichsmandat für SPD, SSW und AfD führte. Aus der Wählerwanderungsbilanz, die Infratest dimap am Wahltag vorlegte, geht hervor, dass die CDU insbesondere bei ehemaligen Nichtwählern und SPD-Wählern zusätzliche Stimmen gewinnen konnte (vgl. Tabelle 4). Sie ist zwar weiterhin in den größeren Städten deutlich schwächer als die Sozialdemokraten, verbucht hier aber überdurchschnittlich hohen Zuwachs. Umgekehrt verhält es sich mit der SPD: Sie ist in den Städten weiterhin die führende Kraft, verliert aber weit über dem Durchschnitt der Partei. So kann die CDU in Kiel und Lübeck deutlich mehr gewinnen als im Landesschnitt, büßt aber in den Wahlkreisen des Hamburger Umlandes gegen den Landestrend sogar an Anteilen ein.⁴⁹ Umgekehrt liegt die SPD in Kiel, einer Hochburg der Partei, um 8,3 Prozentpunkte unter ihrem Ergebnis von 2012, in Lübeck um sechs Punkte. Im Hamburger Umland fällt ihr Rückgang dagegen deutlich geringer aus als im Landesdurchschnitt.⁵⁰

Die „Küstenkoalition“ verlor klar, denn alle Regierungsparteien büßten an Stimmanteilen ein. Die SPD erreichte 27,2 Prozent der Zweitstimmen (minus 3,1 Prozentpunkte) – das zweitschlechteste Ergebnis der Partei im nördlichsten Bundesland überhaupt. Nur 2009 mit Spitzenkandidat *Stegner* war die SPD schwächer. Sie konnte zwar bei den Nichtwählern zusätzliche Stimmen generieren, doch reichte dies nicht aus, um die Verluste an CDU und FDP auszugleichen. Trotz des starken bundespolitischen Gegenwindes gelang es den Grünen, ihren Stimmanteil von 2012 fast zu halten. Sie gewannen 12,9 Prozent der Stimmen (2012: 13,2 Prozent) und konnten sich mit zehn Sitzen als dritte Kraft im Parteiensystem des Landes behaupten. Besonders stark schnitt die Partei weiterhin in städtischen Wahlkreisen ab, während sie im Hamburger Umland deutlicher verlor als im Landesdurchschnitt.⁵¹

49 Vgl. Infratest dimap (Hrsg.), a.a.O. (Fn. 44), S. 43.

50 Vgl. ebenda, S. 46.

51 Vgl. ebenda, S. 49.

Die größten Zuwächse konnte die FDP erzielen. Die Partei gewann über 60.000 Stimmen hinzu und kam auf über 169.000 Zweitstimmen. Nachdem die Liberalen 2012 – bei miserablen Bundesumfragen – gute 8,2 Prozent der Stimmen erreicht hatten, standen am Wahlabend 11,5 Prozent (plus 3,3 Punkte) und neun Landtagsmandate (2012: sechs) zu Buche. Der SSW hatte 2012 4,6 Prozent und damit das beste Wahlergebnis seit 1950 erzielen können. Bei dieser Wahl kam die Partei auf 3,3 Prozent und erhielt – aufgrund der Befreiung von der Sperrklausel und durch den Gewinn eines Ausgleichsmandates – erneut drei Sitze im Landtag.

Das Wahlergebnis belegt, dass die – im Vergleich zu anderen Bundesländern – deutlich niedrigeren Umfragewerte für die AfD nicht auf Messprobleme bei den Sympathisanten dieser Partei zurückzuführen waren. 5,9 Prozent der Zweitstimmen reichten zwar für den Einzug in den Landtag mit fünf Abgeordneten. Von der gestiegenen Wahlbeteiligung profitierte die Partei aber nur mäßig, denn auch CDU und FDP konnten zusätzliche Stimmen mobilisieren. Alle anderen Parteien scheiterten. Die Linke erreichte 3,8 Prozent (2012: 2,3 Prozent) und konnte damit Boden gut machen, der der alten Regierung für eine Bestätigung der Mehrheit fehlte. Der Zuwachs fällt in absoluten Zahlen besonders deutlich auf: Mit mehr als 56.000 Stimmen verdoppelte die Partei ihr Ergebnis im Vergleich zu 2012 fast (plus 26.000). Die Piraten erzielten nur 1,2 Prozent (2012: 8,2 Prozent).

Die Bundesparteien zogen unterschiedliche Schlüsse aus dem Wahlergebnis. Nach der Saarland-Wahl wurde auch das schleswig-holsteinische Abschneiden als Unterstützung für den Kurs der Bundes-CDU und ihrer Kanzlerin *Angela Merkel* bewertet. Umgekehrt setzte die Wahl die Verluste für die Sozialdemokraten fort, denn alle drei Landtagswahlen des Jahres 2017 gingen für die Partei verloren. Zudem musste die SPD in Schleswig-Holstein und in Nordrhein-Westfalen ihre Regierungsbeteiligung abgeben. Für die Grünen war die bundespolitische Bilanz gespalten: Einerseits zeigten die Nordgrünen, dass es möglich war, sich gegen den Bundestrend zu stemmen. Andererseits war dieses Ergebnis offensichtlich auf die lokalen Besonderheiten zurückzuführen, denn nur eine Woche später gab es in Nordrhein-Westfalen einen der heftigsten Dämpfer in der Parteigeschichte. Die FDP konnte hingegen ihr starkes Ergebnis in Schleswig-Holstein bestätigen. Für die AfD brachte der Wahltag die Erkenntnis, dass sie keineswegs sicher sein kann, in die Landes- und Bundesparlamente einzuziehen, sondern dass ein solcher Erfolg von günstigen Rahmenbedingungen für die Partei abhängt.

Der Aufholprozess der CDU war trotz widriger Ausgangsbedingungen erfolgreich. Dies gelang ihr, obwohl eine Wechselstimmung nicht zu verzeichnen war. Hinsichtlich der beliebtesten Koalition schnitt die „Küstenkoalition“ am besten ab, wenn auch knapp: 51 Prozent hielten sie für sehr gut oder gut, 48 für weniger gut oder schlecht.⁵²

Die wirtschaftliche Lage hatte sich in den Augen der Bevölkerung seit 2012 deutlich verbessert: 75 Prozent betrachteten diese als sehr gut oder gut, nur 23 Prozent als weniger gut oder schlecht (2012: 48 gegen 50).⁵³ Insbesondere in inhaltlichen Fragen zeigte die Regierung aber offene Flanken.⁵⁴ Während 62 Prozent ihr im Management der Flüchtlingspolitik ein positives Zeugnis ausstellten, waren die Meinungen bei der inneren Sicherheit (49:48) und der Kinderbetreuung (42:42) geteilt. Mehr Ablehnung als Zustimmung erfuhr

52 Vgl. ebenda, S. 29.

53 Vgl. ebenda, S. 22.

54 Zu den folgenden Fragen siehe ebenda, S. 29.

die Regierung hingegen beim Windkraftausbau (41:51), der Schul- und Bildungspolitik (39:59) und beim Straßenausbau (27:72). Diese Grundlinie zeigte sich auch bei den Kompetenzwerten für die Parteien. Hinsichtlich der allgemeinen Kompetenzfrage gelang es der CDU, die größte Zustimmung zu erzielen. Die wichtigsten Aufgaben in Schleswig-Holstein zu lösen, erwarteten 36 Prozent am ehesten von der Union und nur 34 von der SPD. Vor der letzten Landtagswahl war es mit 31 für die CDU und 36 für die SPD umgekehrt gewesen. Die SPD konnte mithin von der Regierungsführung kaum profitieren oder geriet sogar gegenüber der CDU ins Hintertreffen. So wurde ihr zwar bei ihrem Hauptthema, der sozialen Gerechtigkeit, ein deutlicher Vorsprung gegenüber der CDU eingeräumt (46:21), dieser war jedoch kleiner als noch 2012 (49:18). Ebenfalls einen Vorsprung hatte die Partei in der Integrationspolitik (35:25) und der Familienpolitik (41:25). Einen Zugewinn verbuchten die Sozialdemokraten bei der Sicherung der Arbeitsplätze, denn hier konnten sie den 2012 gemessenen Rückstand zur CDU aufholen (41:38). In anderen Feldern lag die SPD aber gegenüber der CDU zurück, so bei der Verhütung von Straftaten (CDU 45, SPD 28), dem Straßenbau (45:28), der Wirtschaftspolitik (44:34), der Haushaltspolitik (42:28) und der Bildungspolitik (38:36). Bündnis 90/Die Grünen verzeichneten in der Energie- (49 Prozent) und der Umweltpolitik (66 Prozent) die höchsten Kompetenzwerte, und auch für eine gute Haushalts- und Finanzpolitik wurde die Partei von immerhin neun Prozent der Befragten vorn gesehen. Eine ähnlich exklusive Kompetenzzuschreibung konnte die FDP für sich nicht reklamieren, doch legte sie durchgehend zu. So sahen die Partei beispielsweise neun Prozent vorn, wenn es darum geht, die Wirtschaft voranzubringen (plus sechs Punkte im Vergleich zu 2012). Die AfD konnte bei ihren Wählern vor allem wegen ihres einwanderungskritischen Ansatzes punkten.⁵⁵ Doch stimmten zugleich 54 Prozent ihrer Anhänger der These zu, die Partei distanzieren sich nicht genug von rechtsextremen Positionen.⁵⁶

Eine inhaltliche Schwäche einer Partei kann durch hohes Vertrauen in das Spitzenpersonal aufgewogen werden (vgl. Tabelle 5). Dieser Faktor wirkte sich aber trotz der Regierungsbeteiligung deutlich schwächer für die SPD aus, als das noch bei der aus der Opposition geführten Wahl 2012 der Fall war. Zwar gaben 62 Prozent an, *Albig* sei ein guter Ministerpräsident; damit lag er aber weit hinter anderen Amtsinhabern wie *Winfried Kretschmann* (89), *Annette Kramp-Karrenbauer* (79) und *Malu Dreyer* (78).⁵⁷ In der Liste der beliebtesten Landespolitiker führte Ministerpräsident *Albig* zwar mit 61 Prozent Zufriedenheit, doch erreichten nicht nur Minister *Habeck* (61), sondern auch die Oppositionspolitiker gute Werte.⁵⁸ Eine andere Zahl ist in dieser Hinsicht aufschlussreich: Der Hamburger SPD-Bürgermeister *Olaf Scholz* erhielt in Schleswig-Holstein einen Zufriedenheitswert von 64 Prozent, obwohl er gar nicht zur Wahl stand.

Betrachtet man die sozialstrukturelle Zusammensetzung des Wahlergebnisses (vgl. Tabellen 6 und 7), so zeigt sich, dass die CDU am stärksten in den Altersklassen zwischen 35 und 59 Jahren sowie bei den Personen mit mittlerer bis niedriger Bildung zulegte. Bei den Arbeitern (plus neun Punkte) gelang der größte Zuwachs. Die SPD verlor besonders deutlich bei den älteren Wählern ab 45, während sie bei den jüngeren Wählern bis 35 Jahre sogar gegen den Landestrend ihren Stimmenanteil verbessern konnte. Die Verluste waren

55 Vgl. ebenda, S. 25.

56 Vgl. ebenda, S. 35.

57 Vgl. ebenda, S. 40.

58 Gefragt war nach der Zufriedenheit, Werte für sehr zufrieden / zufrieden, ebenda, S. 36.

Tabelle 5: Wahrnehmung der Spitzenkandidaten (Umfrage vom 27. April 2017, in Prozent)

	Partei	Direktwahl- frage	Beurteilung zufrieden	Beurteilung nicht zufrieden	Bekanntheit
<i>Torsten Albig</i>	SPD	48	61	34	95
<i>Daniel Günther</i>	CDU	39	47	24	74
<i>Wolfgang Kubicki</i>	FDP	–	59	31	92
<i>Monika Heilmold</i>	Bündnis 90/ Grüne	–	41	20	63
<i>Marianne Kolter</i>	Die Linke	–	7	10	36
<i>Lars Harms</i>	SSW	–	22	12	21
<i>Jörg Nobis</i>	AfD	–	7	15	25

Direktwahlfrage: „Wenn man den Ministerpräsidenten direkt wählen könnte, für wen würden Sie sich entscheiden?“

Beurteilungsfrage: „Ich nenne Ihnen nun einige Politikerinnen und Politiker. Bitte sagen Sie mir für jeden, inwieweit Sie mit dessen politischer Arbeit zufrieden sind. Wenn Sie eine Person nicht kennen oder über sie kein Urteil abgeben können, sagen Sie mir das bitte. Sind Sie mit der politischen Arbeit von ...?“

Quelle: Eigene Darstellung nach den Daten von Infratest dimap (Hrsg.), a.a.O. (Fn. 44), S. 36.

dort besonders groß, wo die CDU große Zugewinne hatte, nämlich bei niedrigen bis mittleren Bildungsabschlüssen. Während die SPD bei arbeitslosen Personen sehr stark zulegte (plus 22), verlor sie erheblich bei Arbeitern (minus acht) und Rentnern (minus sieben). Bündnis 90/Die Grünen erreichten bessere Ergebnisse als im Landesschnitt bei den Jung-

Tabelle 6: Wahlentscheidung nach Alter und Geschlecht

	CDU		SPD		Grüne		FDP		SSW		Linke		AfD
	%	Diff.	%	Diff.	%	Diff.	%	Diff.	%	Diff.	%		
gesamt	32,0	+1,2	27,3	-3,1	12,9	-0,3	11,5	+3,3	3,3	-1,3	3,8	+1,5	5,9
16 bis 24 Jahre	22	±0	27	+3	18	-2	10	+5	3	-1	8	+4	5
25 bis 34 Jahre	24	-1	25	+3	12	-3	10	+4	5	±0	7	+3	9
35 bis 44 Jahre	31	+3	23	-2	13	-4	11	+4	5	-1	4	+2	7
45 bis 59 Jahre	30	+4	28	-4	15	-1	11	+3	4	-2	3	+1	7
60 und älter	39	±0	29	-7	10	+3	13	+3	2	-1	2	+1	4
Frauen	32	+1	28	-4	15	±0	11	+3	3	-1	4	+2	4
16 bis 24 Jahre	21	+2	28	+5	24	-1	7	+3	4	-1	8	+4	3
25 bis 34 Jahre	24	-1	25	+3	15	-4	9	+3	6	±0	7	+4	6
35 bis 44 Jahre	32	+5	23	-4	17	-3	10	+3	5	-1	4	+2	5
45 bis 59 Jahre	30	+5	27	-5	18	-1	10	+4	4	-1	3	+1	5
60 und älter	39	-1	30	-6	11	+4	12	+3	2	-2	2	+1	3
Männer	32	+1	27	-3	10	-1	13	+3	3	-1	4	+2	7
16 bis 24 Jahre	23	-1	26	+2	13	-2	12	+6	3	-1	8	+5	7
25 bis 34 Jahre	24	-2	25	+4	10	-3	10	+3	5	±0	7	+3	11
35 bis 44 Jahre	30	+2	24	±0	10	-5	13	+4	4	-1	5	+2	9
45 bis 59 Jahre	31	+3	28	-3	12	-2	12	+3	4	-2	3	±0	8
60 und älter	39	+1	29	-7	8	+2	14	+3	3	-1	3	+1	5

Quelle: Eigene Darstellung nach den Daten von Infratest dimap (Hrsg.), a.a.O. (Fn. 44), S. 67.

Tabelle 7: Wahlentscheidung nach sozialstrukturellen Merkmalen

	CDU		SPD		Grüne		FDP		SSW		Linke		AfD
	%	Diff.	%	Diff.	%	Diff.	%	Diff.	%	Diff.	%	Diff.	
gesamt	32,0	+1,2	27,3	-3,1	12,9	-0,3	11,5	+3,3	3,3	-1,3	3,8	+1,5	5,9
Beruf/Tätigkeit													
Arbeiter	30	+9	31	-8	10	+1	8	+3	5	-2	5	+1	8
Angestellte	27	+1	27	-3	15	-2	11	+4	4	-1	4	+2	7
Beamte	35	+6	31	+2	15	-5	9	+3	2	-2	2	±0	4
Selbständige	42	+3	13	-1	13	-3	21	+6	3	+1	2	±0	6
Rentner	40	±0	29	-7	9	+3	13	+3	3	-1	2	+1	5
Arbeitslose	12	-8	45	+22	8	-9	7	±0	3	-3	9	+1	9
Bildung													
hoch	28	-1	25	+1	17	-3	14	+4	3	-1	4	+2	5
mittel	35	+3	26	-5	11	±0	11	+2	4	-1	3	+1	6
niedrig	35	+3	34	-5	8	+1	9	+2	3	-2	3	+1	6
Eigene wirtschaftliche Lage													
zufrieden	34		27		13		12		3		3		5
unzufrieden	19		30		12		10		5		8		9

Quelle: Eigene Darstellung nach den Daten von Infratest dimap (Hrsg.), a.a.O. (Fn. 44), S. 67.

wählern sowie in den Altersgruppen zwischen 35 und 59 Jahren, allerdings verloren sie hier auch mehr. Zulegen konnte die Partei dagegen bei den über 60-jährigen Personen (plus drei). Auffällig ist überdies, dass sie bei den älteren Frauen überdurchschnittlich starke Gewinne verzeichnete. Die FDP legte in allen Altersgruppen zu, besonders viel bei den jungen Männern und selbständigen Personen.

4. Regierungsbildung und Oppositionsformierung

Eine mögliche Kontroverse über die Deutung des Wahlergebnisses – wer gewonnen habe, wer verloren – war schon mit der Bekanntgabe der Prognose entschieden. Die CDU und ihr Spitzenkandidat *Günther* galten als klare Sieger der Wahl, weil die Christdemokraten nicht nur zulegten, sondern die SPD weit hinter sich ließen; zudem war deutlich, dass die „Küstenkoalition“ ihre Mehrheit verloren hatte. Der Regierungsauftrag, so die allgemeine Interpretation am Wahlabend, liege nun bei der Union. Das Ausmaß der Niederlage dürfte bei den Sozialdemokraten dazu beigetragen haben, dass eine – rechnerisch ebenfalls mögliche – Dreierkoalition unter Führung der SPD allenfalls halbherzig im Spiel gehalten wurde. Die Partei tat sich schwer, die Frische und die Angriffslust zu kontern, die *Daniel Günther* schon im Wahlkampf an den Tag gelegt hatte. Ministerpräsident *Albig* bemühte sich ebenso wie Parteivorsitzender *Stegner* zu beteuern, dass es an der Regierungspolitik nicht gelegen habe – obwohl das Wahlergebnis durchaus anderes nahelegte.⁵⁹ Das Anliegen der

59 Vgl. *Mona Jaeger / Frank Pergande*, Zwischen Triumph und herzlicher Abneigung, in: FAZ vom 8. Mai 2017, S. 2.

Bundes-SPD war vor allem, Schaden vom Kanzlerkandidaten *Martin Schulz* abzuwenden. Die Generalsekretärin der Partei *Katarina Barley* versuchte beispielsweise, das schwache Abschneiden auf die Sonderbedingungen im Land und auf die Rolle des Ministerpräsidenten zurückzuführen. Schleswig-Holstein sei ein „strukturkonservatives Land“, das für die SPD immer schon „ein schwieriges Pflaster“ gewesen sei – ein nur mäßig überzeugendes Argument in einem Land, das seit 1988 mit nur einer dreijährigen Pause von der Partei regiert wurde.⁶⁰

Um ihre Wahlchancen in Nordrhein-Westfalen nicht zu unterminieren, legten sich die Parteien in der Woche nach der Wahl nicht öffentlich fest und führten auch keine förmlichen Gespräche miteinander. Dennoch zeichnete sich hinter den Kulissen rasch ab, dass eine „Jamaika“-Koalition die größten Aussichten auf die Regierungsübernahme haben würde. Im Kern hing ihre Durchsetzung allerdings von der Positionierung der beiden kleinen beziehungsweise mittelgroßen Parteien Bündnis 90/Die Grünen und FDP ab. Da eine Große Koalition ebenso wenig erwünscht war wie Neuwahlen, besaßen sie strategisch die günstigste Position: Sie konnten faktisch entscheiden, welche Partei die Regierung führen würde. Der FDP-Fraktionsvorsitzende *Kubicki* hatte eine Ampel-Koalition schon am Wahlabend als „sehr unwahrscheinlich“ bezeichnet, unter der Führung von Ministerpräsident *Albig* hatte er sie sogar ausgeschlossen.⁶¹ Dieser hatte zwar schon am Wahlabend seine Bereitschaft zum Rückzug erkennen lassen, zwei Tage nach der Wahl hatte die stellvertretende Parteivorsitzende *Britta Hagedorn* einen möglichen Verzicht auf *Albig* auch öffentlich erklärt, wenn so eine Ampel ermöglicht würde.⁶² Die Grünen blieben zwar einstweilen bei ihrer Position, eine Koalition mit der SPD einem Bündnis mit der CDU vorzuziehen, signalisierten aber zugleich, „Jamaika“ nicht kategorisch auszuschließen.⁶³ Letztlich konnte die SPD dem Wahlgewinner *Günther* keine tragfähige Alternative entgegensetzen.⁶⁴ Als am 16. Mai 2017 – offenbar mit Absicht erst nach der NRW-Wahl – der amtierende Ministerpräsident *Albig* seinen Rückzug aus der Landespolitik bekannt gab, war die Koalitionsfrage schon vorentschieden. Das hatte vor allem mit zwei Faktoren zu tun: Zum einen hatte die SPD Schwierigkeiten, eine Person zu präsentieren, die gegenüber Grünen und FDP als vermittelbar gelten konnte. Zum anderen konnten die beiden kleineren Partner den Eindruck gewinnen, in einer Koalition unter Führung von *Günther* ihre politischen Ziele ebenso durchsetzen zu können.

Wenige Tage nach der Wahl bildeten sich die Fraktionen im neu gewählten Landtag. *Daniel Günther* (CDU), *Ralf Stegner* (SPD), *Eka von Kalben* (Grüne), *Wolfgang Kubicki* (FDP), *Jörg Nobis* (AfD) und *Lars Harms* (SSW) wurden zu Fraktionsvorsitzenden gewählt. Am 6. Juni kamen die Abgeordneten zur konstituierenden Sitzung des Landtages zusammen. Zum Landtagspräsidenten wurde *Klaus Schlie* (CDU) wiedergewählt.

60 Vgl. „CDU siegt klar im Norden – Rückschlag für die SPD“, in: FAZ vom 8. Mai 2017, S. 1.

61 Vgl. *Günter Bannas* u.a., Harte Landung im hohen Norden, in: FAZ vom 8. Mai 2017, S. 2.

62 Vgl. *Henning Baethge* u.a., Für Ampel-Koalition: SPD würde auf *Albig* verzichten, in: FAZ vom 10. Mai 2017, S. 1.

63 Vgl. *Kay Müller* / *Peter Höver*, Die Genossen werden leise..., in: Schleswig-Holsteinische Landeszeitung vom 10. Mai 2017, S. 5; *Eka von Kalben*: „Bei uns in der Fraktion gibt es keine Stimmung pro Jamaika.“ *Mona Jaeger* / *Frank Pergande*, a.a.O. (Fn. 59), S. 2.

64 Vgl. *Henning Baethge* u.a., a.a.O. (Fn. 62), S. 1. *Hagedorn* sagte, es sei an *Günther*, einen Versuch zur Regierungsbildung zu starten.

Ministerpräsident	<i>Daniel Günther</i> (CDU)
Stellvertretender Ministerpräsident sowie Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung	<i>Robert Habeck</i> (B90/Grüne)
Ministerin für Justiz, Europa, Verbraucherschutz und Gleichstellung	<i>Sabine Sütterlin-Waack</i> (CDU)
Ministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur	<i>Karin Prien</i> (CDU)
Minister für Inneres, ländliche Räume und Integration	<i>Hans-Joachim Grote</i> (CDU)
Finanzministerin	<i>Monika Heinold</i> (B90/Grüne)
Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus	<i>Bernd Buchholz</i> (FDP)
Minister für Soziales, Gesundheit, Jugend, Familie und Senioren	<i>Heiner Garg</i> (FDP)
Quelle: Die Landesregierung, http://www.schleswig-holstein.de/DE/Landesregierung/landesregierung_node.html (Abruf am 28. Juli 2017).	

Erst am Tag nach der NRW-Wahl trafen sich zunächst Grüne und FDP zu Sondierungsgesprächen, um einen Tag später gemeinsame Gespräche mit der CDU zu beginnen.⁶⁵ Am 23. Mai stimmten dann Parteitage aller Parteien der Aufnahme von Koalitionsverhandlungen zu, wobei CDU und FDP jeweils einstimmige Beschlüsse fassten und bei den Grünen 112 Delegierte dafür stimmten, 14 dagegen.⁶⁶ Die Verhandlungen wurden auf „Chef-Ebene“ in Vierer-Teams geführt, sodann als „Große Verhandlungsrunde“ mit zwölf Vertretern pro Partei und in kleineren Runden der Fachleute. Schon nach wenigen Tagen gelang eine Einigung über die Rahmendaten der Haushaltspolitik. Von einer Unterbrechung aufgrund von Meinungsverschiedenheiten in der Wirtschafts- und Verkehrspolitik abgesehen, gelang die Ausarbeitung des Koalitionsvertrages erstaunlich geräuscharm. Am 14. Juni 2017 konnten die Parteispitzen zentrale Inhalte der geplanten Regierungsarbeit der Öffentlichkeit vorstellen. In der Folge stimmten auch die zuständigen Gremien der Parteien zu. Eine Mitgliederbefragung der Grünen ergab am 26. Juni 2017 eine Mehrheit von 84,3 Prozent für den Koalitionsvertrag.

Der Koalitionsvertrag wurde unter das Motto „Das Ziel verbindet: weltoffen – wirtschaftlich wie ökologisch stark – menschlich“ gestellt.⁶⁷ Angesichts der unterschiedlichen Grundpositionen der Parteien ist wenig verwunderlich, dass an vielen Stellen die Kontroversen nur mühsam verdeckt werden konnten. Die Koalitionspartner wollen eine solide Haushaltspolitik mit einem Abbau der Schulden fortsetzen und für ein Investitionsprogramm 500 Millionen Euro zur Verfügung stellen. Der von der „Küstenkoalition“ eingeführte Kita-Zuschuss von 100 Euro für die Eltern entfällt, stattdessen sollen die Qualität der Einrichtungen verbessert und die Kosten für die Eltern gesenkt werden. Ab dem Schuljahr 2019/20 soll an den Gymnasien wieder G 9 bis zum Abitur eingeführt werden. Im Straßenbau will man die Autobahnprojekte zügig voranbringen.

65 Für die Daten im Folgenden siehe die Übersicht auf NDR, Landtagswahl Schleswig-Holstein – Die lange Suche nach einer neuen Regierung, http://www.ndr.de/nachrichten/schleswig-holstein/landtagswahl_2017/Die-lange-Suche-nach-einer-neuen-Regierung-,regierungssuche100.html (Abruf am 1. August 2017).

66 Vgl. „Grüne in Kiel für Koalition mit CDU und FDP“, in: FAZ vom 23. Mai 2017, S. 1.

67 Vgl. Koalitionsvertrag für die 19. Wahlperiode des Schleswig-Holsteinischen Landtages (2017 – 2022) zwischen CDU, Bündnis 90/Die Grünen und der FDP, https://www.cdu-sh.de/sites/www.cdu-sh.de/files/downloads/2017_-_2022.pdf (Abruf am 10. August 2017).

Wenngleich auch diesmal der Wahlausgang knapp war, ist es die Mehrheit im Landtag nicht. Die Koalition verfügt über 44 gegenüber 29 Stimmen. Dass der nunmehr entstandene Puffer notwendig sein könnte, wurde am 28. Juni 2017 deutlich, als der neue Ministerpräsident *Günther* im Landtag nur 42 der 44 Stimmen auf sich vereinigen konnte. In der Regierung besetzt die CDU drei Ministerämter, FDP und Bündnis 90/Die Grünen jeweils zwei (vgl. Tabelle 8). Zum Nachfolger im Amt des CDU-Fraktionsvorsitzenden wurde der Abgeordnete *Tobias Koch* gewählt.

Damit entstand in Schleswig-Holstein eine Regierung, die die traditionellen Lager, die im Norden festgefügt schienen, überbrückt. Zugleich kam es zu einer Koalitionsbildung, die sich in ähnlicher Form auch nach der Bundestagswahl wiederfinden könnte – jedenfalls dann, wenn es für ein Bündnis mit einem größeren und einem kleineren Partner nicht reichen sollte.

5. Zusammenfassung

- (1) Von einigen Turbulenzen in der Mitte der Wahlperiode abgesehen, war es der „Küstenkoalition“ aus SPD, Bündnis 90/Grüne und SSW gelungen, einen ruhigen und konfliktarmen Kurs zu fahren. Dabei profitierte die Regierung erheblich von hohen Steuereinnahmen und niedrigen Zinsen.
- (2) Wahlausgänge in Schleswig-Holstein waren bei vielen vorangegangenen Wahlen knapp, so dass die Parteien damit rechnen mussten, dass auch kleinere Veränderungen im Meinungsklima den Ausschlag geben konnten. Die „Küstenkoalition“ ging dennoch als Favoritin in den Wahlkampf, weil die Meinungsumfragen keine Wechselstimmung und eine vergleichsweise hohe Zufriedenheit mit der Regierungspolitik signalisierten.
- (3) Ein wahlentscheidendes Thema gab es nicht, so dass der Gesamteindruck der Parteien und die Spitzenkandidaten die wichtigste Rolle spielten. Der CDU gelang ein Aufholprozess, während es der Regierung schwer fiel, die Angriffslust der Opposition zu kontern.
- (4) Die CDU behauptete sich nicht nur als stärkste Partei im Land, sondern steigerte ihren Stimmenanteil sogar auf 32 Prozent. Die SPD verlor hingegen deutlich und erreichte ihr zweitschlechtestes Ergebnis in der Geschichte des Landes. Bündnis 90/Die Grünen konnten ihren Stimmenanteil nahezu bestätigen, während die FDP die größten Zugewinne verzeichnen konnte. Der SSW büßte Stimmen ein, konnte aber seine drei Mandate halten. Die AfD rückte erstmals in den Landtag ein. Die Piraten blieben chancenlos.
- (5) Die „Küstenkoalition“ besaß nach der Wahl keine Mehrheit mehr. Ein rechnerisch mögliches Ampel-Bündnis blieb ohne wirkliche Durchsetzungschance, so dass schon am Wahlabend die Weichen in Richtung einer Koalition aus CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP gestellt wurden.
- (6) Zum neuen Ministerpräsidenten wurde Ende Juni 2017 *Daniel Günther* gewählt, der im Landtag über eine Mehrheit von 44 gegen 29 verfügt. Damit gibt es in Schleswig-Holstein eine Regierungsmehrheit, die traditionelle Lagergrenzen überschreitet.